GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG XIII. IANUARIE-FEBRUARIE / JANVIER-FÉVRIER / JÄNNER-FEBER 1935. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 1-2

Die einzelnen Phasen jener Aktion, die Onisifor Ghibu gegen die römisch-katholische Kirche in Siebenbürgen angezettelt hat.

N. Balan, der griechisch-orientalische Metropolit von Sibiu und Sextil Puscariu, Universitätsprofessor von Cluj übergaben dem Ministerpräsident Tatarescu ein mit 560.000 Unterschriften versehenes Memorandum, worin die griechisch-orientalischen Gläubigen Siebenbürgens den, im Jahre 1932 bezüglich des röm.-katholischen Status zustandegekommenen Ausgleich zu lösen und das Vermögen des katholischen Status zugunsten des rumänischen Staates zu konfiszieren baten.

Die Angriffe gegen die siebenbürgische römisch-katholische Kirche begann schon in 1922. Deren Urheber und Führer war Universitätsprofessor Onisifor Ghibu in Cluj, der den Kampf in drei Richtungen einleitete. Erstens hinsichtlich der Auflösung des siebenbürgischen römisch-katholischen Status und der Konfiszierung dessen Vermögens, zweitens bezüglich der staatlichen Besitznahme des Vermögens der röm.-kath. Mönchsorden Rumäniens, drittens im Interesse der Lösung des, im Jahre 1927 zwischen dem Heiligen Stuhl und Rumänien geschlossenen Konkordates.

Die Rechtslage der Minderheitskirchen Rumäniens regeln: der am 9. Dezember 1919 in Paris unterzeichnete Minderheitsvertrag, die neue Verfassung von 1923 und das Kultusgesetz von 1928. Ausserdem bestimmt das im Jahre 1927 zustandegekommene und 1929 zum Gesetz erhobene Konkordat die Lage der römisch-katholischen Kirche im Staat und regelt das Ver-

hältnis Rumäniens zum Heiligen Stuhl, schliesslich ändert der Vertrag von 1932 mit dem Vatikan – dessen Lösung jetzt auf Initiative des Professor Ghibu, Metropolit Balan und Universitätsprofessor Puscariu von Ministerpräsident Tatarescu verlangen – die Organisation und den Wirkungskreis des Siebenbürger römisch-katholischen Status.

Das Konkordat, wogegen Professor Ghibu so heftig auftritt, wurde seinerzeit auf besonderen Wunsch König Ferdinands geschlossen. Ebenso bezeichnete der gewesene Ministerpräsident I. G. Duca, der mehrere Jahre hindurch Aussenminister im liberalen Regieme war, als Redner der Opposition das Konkordat vom Standpunkt Rumäniens als überaus günstig. Und gelegentlich des Hinscheidens des Kardinals Gasparri, des gewesenen vatikanischen Staatssekretärs, sandte der rumänische Aussenminister Titulescu ein Beileidstelegramm an den Heiligen Stuhl, worin er des Konkordates mit folgenden Worten gedenkt: „Empfangen Euer Eminenz mein inniges Beileid zum Hinscheiden des Kardinals Gasparri. Rumänien wird es nicht vergessen, dass das Konkordat, welches sein Verhältnis zum Heiligen Stuhl so günstig regelt, die Unterschrift des illustren Verstorbenen trägt."

Das Ungartum Siebenbürgens betreffend löste das Konkordat schmerzliche Wirkung aus. Dies drückte die Rede des Baron Johann Jósika in der Kammer gelegentlich der Ratifikation des Konkordates klar aus. Er zeigte darauf hin, dass dieses Konkordat das Oradeaer Bistum, welches König Ladislaus der Heilige gegründet hatte, weiterhin mit dem Satumareer Bistum in einer Personalunion verband, die 900 Jahre alten Bistümer von Alba-Iulia und Csanád dem kaum 100.000 Seelen zählenden Bucureşti-er Erzbistum gegenüber in untergeordnete Lage versetzte, gemeinsame Vermögensverwaltung mit der griech.-katholischen Kirche anordnete, die mit der römisch-katholischen Kirche verschmolzenen Siebenbürger Armenier von den Ungarn trennt und den röm.-katholischen Bischöfen von rechtswegen nicht den Senatorsitz sichert und indem es über die Grenzen der Kirchensprengel neue Verfügungen anordnet, ermöglicht, dass deren geschichtliche Grenzen Änderung erleiden können.

Ghibu leitet auch gegen alle ungarisch-katholischen Mönchsorden einen Angriff nach dem andern ein. Obwohl diese den

Anforderungen des Konkordates, sowie den konfessionellen Gesetzen in jeder Hinsicht entsprachen, verlangte Professor Ghibu von diesen Orden mit historischer Vergangenheit den Ursprung ihres Vermögens bis hinauf zu ihrer Gründung, also oft zurück bis zu den Königen des Árpádhauses, nachzuweisen.

Um die Bedeutung und Art der Angriffe Ghibu's gegen den römisch-katholischen Status zu begreifen, müssen wir uns vergegenwärtigen, dass das röm.-katholische Bistum von Siebenbürgen seiner geschichtlichen Entwicklung nach autonomisch regiert wurde. Das Grundprinzip seiner Autonomie war: Teilnahme des laischen Elementes in der Verwaltung des Bistumes. Um dieses gemeinsame Wirken zu ermöglichen, waren die Gläubigen des Sprengels im röm.-kath. Status organisiert. Ausser der Vermögensverwaltung waren die Schul- und Stiftungs-Fonds zu verwalten, die Leitung der Unterrichts- und Erziehungsanstalten, sowie Verfügungen über die Unterrichts- und Erziehungsangelegenheiten und die Vertretung der Kirche nach aussen, die Hauptfunktionen des Siebenbürger röm.-katholischen Status.

Gegen diese Autonomie erhob Professor Ghibu die Anklage, dass der Siebenbürger römisch-katholische Status einen Staat im Staate bildet und als solcher irredentistischen Zielen dient. Infolge dieser Anklagen schloss der rumänische Staat mit dem Heiligen Stuhl den Vertrag vom Jahre 1932, welcher dem röm.-kath. Status, dessen Existenz durch die Agrarreform ohnehin angegriffen war, den Wirkungskreis einschränkte und selbst dessen Namen änderte.

Die neueste, von Metropolit Balan und Professor Puscariu vertretene Aktion fordert nun die Wegnahme dessen, was die Agrarreform noch liess: die von 11.717 kat. Joch Ackerbau- und Waldbesitz zurückgebliebenen 2974 Joch Ländereien und die wertvollen Gebäude des Status, welche dieser in Cluj errichten liess.

*

Am Skt. Nikolaustag, am Tage des 6. Dezember, wurde auf Veranlassung des Verbandes „Fratia ortodoxe române" (Orthodoxe Rumänische Brüderschaft), dessen Präsident der Clujer Universitätsprofessor Sextil Puscariu ist, in 9000 Siebenbürger orthodoxen Kirchen gegen das Konkordat gepredigt und Gleichzeitig sind Unterschriftsbögen für einen Beschluss-

antrag aufgelegt worden, in welchem die Forderung nach Kündigung des Konkordates mit dem Heiligen Stuhl erhoben worden ist.

Die Denkschrift wurde von 560.000 gr.-or. Rumänen unterschrieben und die Unterschriften sind von der Abordnung in zwei umfangreiche Bände gebunden, dem Ministerpräsidenten unterbreitet worden.

In der Denkschrift wird darauf hingewiesen, dass,

1. die Frage des katholischen Status nicht als eine katholische Frage, sondern als ein Staatsproblem betrachtet werden solle ;

2. dass diese Frage keine aussenpolitische Frage, sondern eine Frage der Innenpolitik Rumäniens sei ;

3. die Regierung habe das Recht und auch die Pflicht, das Problem des katholischen Status so zu lösen, wie das die Interessen des rumänischen Staates erheischen.

Demzufolge wird gefordert:

1. Die Regierung möge unverzüglich verfügen, dass das gesamte, bei der Clujer Staatsanwaltschaft befindliche Material in bezug auf den katholischen Status unverzüglich dem Ministerrat unterbreitet werde, damit dieser davon Kenntnis erhalte und die nötigen Massnahmen treffe.

2. Die Regierung möge, im Besitze der Denkschrift und des bei der Clujer Staatsanwaltschaft vorliegenden Materials, ohne Versäumnis das Konkordat mit dem Vatikan kündigen und verfügen, dass das Vermögen des katholischen Status der Universität von Cluj, dem rumänischen Staat und dem röm. kath. Bistum von Alba Julia ürbergeben werde.

Gleichzeitig soll dem strafrechtlichen Verfahren gegen diejenigen Personen, gegen die das Anklagematerial bei der Clujer Staatsanwaltschaft aufliegt, Raum gegeben werden. Ausserdem soll die ganze Angelegenheit dem Parlament vorgelegt werden. Zum Schluss wird in der Denkschrift noch gefordert, dass sowohl die Frage des Statusvermögens, wie auch des Konkordates dem Kassationshof zur Entscheidung unterbreitet werde.

Monsieur G. Szüllő attaque la politique de Monsieur Benès au Parlement de Prague.

Dans sa séance du 6 novembre 1934, la Chambre des députés de Prague s'est occupée des exposés de la politique étrangère du Président du Conseil et du Ministre des Affaires étrangères, ainsi que de l'exposé sur la situation financière du Ministre des Finances.

Dans son discours, Monsieur le député Szüllő, Président de l'association des députés minoritaires, critique, tout d'abord les fictions contenues dans le projet de budget. Et il explique la corrélation qui existe entre la politique étrangère et le commerce extérieur du pays.

Monsieur Szüllő a une grande routine politique car il est député depuis 34 ans. Il avait déjà été député avant la guerre, comme représentant d'un département de la Croatie.

Après avoir terminé son examen critique, il continue comme suit :

„Je veux m'occuper des exposés politiques du Président du Conseil et du Ministre des Affaires étrangères. Je serais plus impartial qu'eux, sans vouloir mettre en doute les grandes aptitudes de ces deux hommes politiques. Les qualités du Ministre Benès ont, d'ailleurs, dépassé les frontières de notre pays. Je considère donc avec respect toutes ces grandes qualités, mais je constate que pour le pays même, elles ne signifient pas grand' chose. L'Etat est comme un grand orchestre symphonique, où la baguette du chef d'orchestre indique toutes les nuances nécessaires. Mais il est anormal que dans un orchestre un des musiciens joue trop fort, car l'audition en est troublée.

A ma ntes reprises, j'ai déclaré que notre Ministre des Affaires étrangères fait figure aux yeux du Monde, en se mêlant à toutes les questions internationales, d'un ministre espérant devenir Chancelier d'Europe. Elles relêvent, peut-être, son prestige, mais elles mettent la République dans une situation souvent très grave.

Il ne faut pas oublier que nous sommes une nation démocratique, une nation de paix, et que notre peuple veut se tenir à l'écart de tout conflit. Pour cela, je suis obligé de protester,

au nom de la nation, de la politique étrangère, qui, en suivant la politique d'une grande puissance, contrecarre les intérêts d'une autre grande puissance, et met ainsi en péril notre politique de paix. Cette politique est un grand danger pour nous tous, car l'exprérience a démontré que dans les querelles entre grandes puissances, ce sont les petits pays qui en subissent les contre-coups.

Nous sommes une république démocratique où le gouvernement a le droit d'avoir des rapports avec tous les pays. Et il est bien juste que le Président du Conseil et le Ministre des Affaires étrangères croient nécessaires, pour le bien du pays, à une consolidation intérieure.

Dans les circonstances actuelles, il est absolument nécessaire que dans une république telle que la nôtre, on ne regarde pas la situation seulement du point de vue de Prague, mais aussi du point de vue de toutes les populations du pays, car, tous, nous devons avoir les mêmes droits, les mêmes devoirs. Et il faut que le Gouvernement pense à la prospérité de ces populations, car sans cela, la République ne répond plus aux buts pour lesquels elle a été créée."

Et continuant son discours, le député Szüllő parle des traités de Trianon et de Saint-Germain, en déclarant que, selon ceux-ci, une coopération économique est nécessaire entre les Etats tchécoslovaque, autrichien et hongrois. Puis, il examine les diverses résoluti ns des conférences de Portorose, de Gênes, de Genève, de Bucarest et de Varsovie. Et il entreprend l'examen des différents projets de Schober et de Tardieu. Résumant toutes ces conférences et tous ces projets, il arrive à la conclusion que cette coopération économique est impossible, à cause des divergences politiques de ces pays.

Il attaque le Ministre des Affaires étrangères de Tchécoslovaquie, car, au lieu de porter ses efforts à l'aplanissement de ces difficultés, il s'emploie à les augmenter. Après une déclaration de loyauté de la population minoritaire, il en arrive de nouveau à parler des difficultés politiques existant entre les Etats voisins.

Et il explique l'attidude de la presse du Ministère des Affaires étrangères par ce qui suit:

„Il n'a existé, à aucun moment, dans la politique extérieure du gouvernement, le désir d'aider une nation offensée et

fiévreuse: Mais on a essayé de généraliser, et les actions d'individus irresponsables ont été expliquées comme étant le crime de toute une nation. Lorsqu'on a parlé d'une contrebande d'armes, la presse officielle de Tchécoslovaquie a essayé de démontrer que c'était une action concertée par le gouvernement hongrois. Lors de l'affaire de la falsification des francs, qui a été l'oeuvre de quelques aventuriers privés, la presse tchécoslovaque a laissé sous-entendre que cette falsification provenait de la nation tout entière. Le prince Windisch-Graetz, qui a eu l'idée de cette falsification, peut être considéré indifféremment comme un Tchèque ou comme un Hongrois. Nous voyons maintenant dans la presse officielle comment on met sur le compte de la nation hongroise les terribles événements de Marseille. Quant à moi, je connais la question croate. Il y a 34 ans que j'ai été élu, pour la première fois, député en Croatie. J'ai été député de Murakõz à plusieurs reprises, aussi je connais bien la nation croate et ses aspirations, et ses ambitions, et aussi ses soucis actuels. Je sais quelle est la douleur de cette nation, et quelles sont ses privations. Mais je sais très bien aussi ce que signifie la suppression de toute la culture d'une nation par une autre nation. L'esprit des hommes est comme l'air: lorsqu'on le comprime, sa force d'expansion augmente. Je n'ai pas peur de parler ouvertement, car je connais le peuple croate. Et je veux montrer l'absurdité dont témoigne le quotidien „Prager Presse", journal officiel du gouvernement, qui déclare que des officiers hongrois suivant en cela l'ordre de leur gouvernement, ont fait des exercices de tir en uniforme avec les émigrés croates et macédoniens dans le camp de Jankapuszta. De même que je n'ai jamais cru, autrefois, les allégations des journaux „Apis" et „Este", annonçant que le roi Alexandre, avant de devenir roi de Yougoslavie, aurait exercé des officiers serbes dans les parcs de Topcsider à préparer des attentats contre des généraux autrichiens, de même je ne crois pas non plus maintenant cette affirmation.

Le peuple hongrois sait être patient et sait être courageux, mais ne sait pas être stupide. Par contre, les journalistes qui ont inventé cela de toutes pièces doivent être stupides. Ce n'est pas aller sur la voie de la coopération économique que d'accuser les Hongrois, à cause des explosions d'exaspération des Croates et des Macédoniens. De pareilles choses empêchent

aussi la réconciliation politique, mais le gouvernement ne s'emploie pas à remédier à cet état de chose.

Si nous examinons la presse mondiale et la presse de la paix, nous voyons que le contenu de cette presse est toujours le même, et que toutes ces nouvelles proviennent d'une agence de presse existant à Prague et qui s'appelle „Ceps."

Si je lis l'article de Monsieur Pertinax, connaissant ses relations avec l'Etat-Major français et ses connexions tchèques, et si j'examine les articles qui ont été publiés dans „Paris-Soir", je vois que ces articles ont paru à la même date dans la „Prager Presse." Tout le monde peut voir ainsi les intentions de ceux qui ne désirent pas cette réconciliation, mais qui ont pour but de mettre la Hongrie à l'index, et de lui enlever toutes les sympathies. La minorité hongroise, en protestant contre ces insinuations, veut être le lien entre la Tchécoslovaquie et la Hongrie. Mais elle ne veut pas travailler à élever les fondations avec ceux qui sapent en secret les mêmes bases. La collaboration entre les deux pays est absolument nécessaire."

Poursuivant son discours, le député Szüllő s'occupe de la question minoritaire. Il polémique sur le rôle tenu à Genève par Monsieur Benès, et il cite une déclaration de ce dernier qui affirme que les (minorités) indignes n'ont pas le droit de se mêler à le question minoritaire.

„ . . . Si les „indignes" n'ont pas le droit de parler de cette question, continue Monsieur Szüllő, Monsieur Benès n'en a pas non plus l'autorisation, car je constate que ni au point de vue de la forme, ni au point de vue du fond, les obligations fixées par le traité des minorités ne sont remplies : nous n'avons ni une presse libre, ni des écoles suffisantes en proportion à notre nombre, ni des écoles supérieures. Et nous n'avons même pas les droits qui ont été fixés par les signataires du traité des minorités de Saint-Germain-en-Laye !"

Die zum Völkerbund seit 1930 eingereichten ungarischen Petitionen und deren Erledigung.

Im Jahre 1931 erschien von *Herbert von Truhart* ein mächtiges Werk, betitelt «*Völkerbund und Minderheiten Petitionen*», worin die bis Februar 1931 zum Völkerbund eingereichten Pe-

titionen, darunter natürlich auch die von ungarischer Seite eingelangten, bekanntgegeben sind. Truhart ergänzte die Materie dieses Werkes im Juniheft 1934 der Zeitschrift „Nation und Staat" mit der Bekanntgabe der von deutscher Seite von Februar 1931 bis Ende Dezember 1933 eingelangten Petitionen, im neulich erschienenen Jännerheft der selben Zeitschrift sind nun auch die Petitionen vonseiten anderer Nationen während des selben Zeitraumes bekanntgegeben.

Diesem Bericht entnehmen wir die nachfolgende Aufzählung der ungarischen Petitionen.

Nachträge.

1. Rumänien

a) *Petition der Vertreter der Szekler vom 25. Juni 1929* mit Zusatzpetitionen vom 15. und 23. Dezember 1929, 13. Mai und 27. Juli 1930 (S. 147/148).

Beschluss des *Dreierkomitees* (Hussein Ala-Persien, William Malkin-England, Joh. Ludwig Mowinckel-Norwegen) vom 26. Januar 1931 : die Angelegenheit *auf die Tagesordnung des Rates* zu setzen (C. 169, 1931, 1).

Übermittlung des Gesamtmaterials an die Ratsmitglieder am 10 April 1931 (C. 174, 1931, 1).

Schreiben der rumänischen Regierung vom 15. Mai 1931 : Mitteilung über die Aufnahme direkter Verhandlungen mit den Petenten und Ersuchen um Vertagung der Behandlung durch den Rat.

Übermittlung des Schreibens an die Ratsmitglieder am 16. Mai 1931 (C. 347, 1931, 1).

Ratsbeschluss vom 21. Mai 1931 (63. Session):

Annahme des Berichtes vom Yoshizawa-Japan — Vertagung der Frage auf die September-Session des Rates. (J. O. 12, Nr. 7, S. 1118.) (Über die weitere Behandlung der Beschwerde siehe unter „Neueingegangene Eingaben". [1]

b) *Pétition du Parti Hongrois de Roumanie etc. (Schulpetition) vom 25. Mai 1930 (S. 148):*

„Lettre" des *Fünferkomitees* (T. Roediger-Deutsches Reich, R. Massigli Frankreich, Hussein Ala-Persien, J. Lopez Olivan-

[1] Vgl. auch meinen Aufsatz „Die Szekler Beschwerde vor dem Völkerbund" in „Nation und Staat", Februar-Heft 1933, S. 272.

Spanien, T. Zumeta-Venezuela) vom 14. September 1931 über seinen

Beschluss vom 14. September 1931, die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 30. September 1931 (C. 649, 1931, 1).

c) *Petition du Parti Hongrois en Roumanie (Schulpetition) vom 2. September 1930 (S. 149):*

„Lettre" des *Dreierkomitees* (Alexander Todogan-England, José Matos-Guatemala, Rolf Andvord-Norwegen) vom 29. September 1931 über seinen

Beschluss vom 20. Mai 1931: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 10. Oktober 1931 (C. 680, 1931, 1).

Das „Lettre" ist im J. O. 13, Nr. 1. S. 157, *veröffentlicht.*

2. Tschechoslowakei.

a) *Pétition concernant le recensement de 1930 signée par le Dr. Szüllő Géza et quatorze autres députés et sénateurs vom 18. November* (nicht vom 1. Dezember!) *1930 (S. 152):*

„Observations" der tschechoslowakischen Regierug vom 30. März 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 2. April 1931 (C. 217, 1931, 1).

Beschluss des Dreierkomitees (Alexander Todogan-England, Sean Lester-Irland, J. M. Barreto-Peru) vom 22. Mai 1931: ergänzende Informationen einzuholen.

„Lettre" des *Dreierkomitees* vom 21. November 1931 über seinen *Beschluss vom 25. September 1931: es nicht für notwendig zu erachten*, die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 26. November 1931 (C. 917, 1931, 1).

Das „Lettre" ist im J. O. 13, Nr. 6. S. 1111, *veröffentlicht.*

3. Jugoslawien.

a) *Petition Emeric Prokopy vom 3. April 1930 (S. 153):*

„Lettre" des *Dreierkomitees* (F. Sokal-Polen, A. Lerroux-Spanien, T. Zumeta-Venezuela) vom 19. Mai 1931 über seinen

Beschluss vom 14. April 1931: es nicht für notwendig zu erachten, die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 5. Juni 1931 (C. 407, 1931, 1).

b) *Petition Emeric Prokopy vom 8. September 1930 (S. 154):*

„Lettre" des *Dreierkomitees* (T. Zumeta-Venezuela, A. Lerroux-Spanien, F. Sokal-Polen) vom 19. Mai 1931 über seinen

Beschluss vom 14. April 1931: es nicht für notwendig zu erachten, die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 5. Juni 1931 (C. 410, 1931, 1).

Das „Lettre" ist im J. O. 13, Nr. 2, S. 309, *veröffentlicht.*

Neueingegangene Eingaben.

1. Rumänien.

1. *Pétitions des représentants des descendants des membres de l'ancien régiment garde frontière des Sicules.*

Weitere Zusatzeingaben zur Petition vom 25. Juni 1929.

a) 29. August 1931. Gez. *Dr. Györgypál Domokos, Dr. Pál Gábor, Bartalis Ágoston Dr. Bocskor Béla.*

Gegenstand: Seit der negativ verlaufenen Konferenz am 19. Juni 1931 sei keine neue Berufung der Petenten zu Verhandlungen erfolgt.

Schreiben der rumänischen Regierung vom 30. August 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 2. September 1931 (C. 523, 1931, 1).

Ratsbeschluss vom 4. September 1931 (64. Session):

Annahme des Berichtes vom Yoshizawa-Japan — in der Hoffnung auf eine Verständigung der rumänischen Regierung mit den Petenten die Behandlung der Frage auf die Januar-Session 1932 zu vertagen. (J. O. 12, Nr. 11, S. 2043.)

b) 31. August 1931. Gez. *Dr. Pál Gábor,* Député.

Gegenstand: Einspruch gegen das Communiqué der rumänischen Telegraphenagentur vom 28. August 1931. demzufolge für die strittige Rechtsfrage nur die rumänischen Gerichte zu-

ständig seien: Mitteilung über das negative Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierungskommission am 29. August 1931.

c) 17. Dezember 1931. Gez. *Dr. Györgypál Domokos, Dr. László Dezső, Dr. Pál Gábor.*

Gegenstand: Mitteilung über das negative Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierungskommission am 10. Oktober und 4. November 1931; die Vernichtung der Wälder würde fortgesetzt.

„Observations" der rumänischen Regierung vom 20. Januar 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 23. Januar 1932 (C. 92, 1932, 1).

Ratsbeschluss vom 29. Januar 1932 (66. Session):

Annahme des Berichtes von Sato-Japan: Zusammenfassung der Angelegenheit; Betonung des Standpunktes der rumänischen Regierung, dass die Petenten vor der Befassung des Völkerbundes die staatlichen Rechtsmöglichkeiten hätten erschöpfen müssen; hier läge eine juristische Vorfrage vor, zu der ein Gutachten der Haager Cour erforderlich wäre, aus praktischen Gründen sei jedoch das Gutachten eines Juristenkomitees vorzuziehen, mit dessen Besetzung der Ratspräsident zu betrauen wäre; Vorschlag auf Vertagung der Behandlung der Angelegenheit bis zur nächsten Ratssession. (J. O. 13, Nr. 3, S. 492, 665.)

Gutachten des Juristenkomitees vom 9. April 1932:

Bestand: Matos (Vorsitzender), Basdevant, Goeppert, Pedroso, Perne, Pilotti u. a.: Die Einreichung einer Petition und die Befassung des Völkerbundes mit einer Beschwerde sei als unabhängig von der Erschöpfung der innerstaatlichen Rechtsmöglichkeiten zu erachten.

Übermittlung des Gutachtens an die Ratsmitglieder am 13. April 1932 (C. 366, 1932, 1).

Ratsbeschluss vom 21. Mai 1932 (67. Session):

Annahme des Berichtes von Nagaoka-Japan: zunächst zum Gutachten nicht Stellung zu nehmen, den Berichterstatter mit den Vertretern Norwegens und Englands aufzufordern, in Verhandlungen mit der rumänischen Regierung eine praktische Lösung der Frage anzustreben und zur September Session einen Bericht darüber vorzulegen. (J. O. 13, Nr. 7, S. 1238.)

Verhandlungen des neuen Komitees mit der rumänischen Regierung im Juni und September 1932.

Ratsbeschluss vom 27. September 1932 (68. Session):

Annahme des Berichtes von Nagaoka-Japan; enthaltend einen in den Verhandlungen mit der rumänischen Regierung erzielten praktischen Lösungsvorschlag: unter Ausschaltung der Rechtsfrage wird bei Wiedererrichtung der Administration der „Biens Ciuc" ihr ein Teil der Güter wiedergegeben, die Ansprüche der Angestellten werden befriedigt. (J. O. 13, Nr. 11, S. 1738.)

2. *Pétition concernant la situation des anciens fonctionnaires des «Biens privés» de l'arrondissement de Ciuc en Transylvanie.*

August (?) 1931. Gez. *D. André Gaal*, le dernier Directeur des „Biens privés".

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der rumänischen Regierung vom 27. Oktober 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 11. November 1931 (C. 832, 1931, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (R. Massigli-Frankreich, Chr. L. Lange-Norwegen, E. H. Carr-England) vom 6 Juli 1932 über seinen

Beschluss vom 6. Juli 1932: die Prüfung *abzuschliessen* und den Ratsberichterstatter zu bitten, in seine Verhandlungen mit der rumänischen Regierung, betreffend die Szekler Angelegenheit, auch diese Frage miteinzubeziehen.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 12. Juli 1932 (C. 547, 1932, 1).

3. *Pétition relative aux manuels scolaires d'état en Roumanie.*

Cluj, 25. August 1931. Gez. au nom du Parti Hogrois *Dr. Pál Gábor*, Député, *Arthur de Balogh*, Membre du Conseil Présidentiel, ancien sénateur.

Gegenstand: Gebrauch ungarnfeindlicher Schulbücher

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der rumänischen Regierung vom 16. Dezember 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 21. Dezember 1931 (C. 996, 1931, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (R. Massigli-Frankreich, J. Lopez Olivan Spanien, Rolf Andvord-Norwegen) vom 19. Februar 1932 über seinen

Beschlus vom Februar (?) 1932: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 5. März 1932 (C. 309, 1932 1).

Das „Lettre" ist im J O. 13, Nr. 6, S. 1109, *veröffentlicht.*

4 *Pétition concernant la situation scolaire de la minorité hongroise en Transylvanie.*

Cluj, 25 August 1931. Gez. au nom du Parti Hongrois *Dr. Pál Gábor*, Député, *Arthur de Balogh*, Membre du Conseil Présidentiel, ancien sénateur.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der rumänischen Regierung vom 11. April 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 9. Mai 1932 (C. 387, 1932, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (José Matos Guatemala, C. Roediger-Deutsches Reich, Pelayo G. Olay-Spanien), gez. am 19. und 21. Dezember 1932, über seinen

Beschluss vom Dezember (?) 1932: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 3. Januar 1933 (C. 1, 1933, 1).

Das „Lettre" ist im J. O. 14, Nr. 3, S. 428, *veröffentlicht.*

5. *Pétition — Mémoire sur la méthode suivie par le Comité des Trois et le Gouvernement roumain ayant pour but de réfuter la plainte adressée par les Sicules (Hongrois) à la Société des Nations.*

Genf, 4. Oktober 1932. Gez. *André Tamás.*

Behandlung durch den Völkerbund:

Die Petition wurde auf Grund der Bestimmungen vom 5. September 1923 zum Verfahren *nicht zugelassen.*

6. *Petition:*

Genf, 8. Dezember 1932. Gez. au nom de la „Ligue Hongroise de Budapest pour la Révision pacifique de Traités" *André Tamás.*

Gegenstand: Auschreitungen rumänischer Studenten im November 1932.

Behandlung durch den Völkerbund:

Die Petition wurde auf Grund der Bestimmungen vom 5. September 1923 zum Verfahren *nicht zugelassen.*

7. *Pétition concernant la si uation des anciens fonctionnaires et pensionnés de l'Administration des «Bien privés» de Ciuc.*

März (?) 1933. Gez. *Dr. André Gaal,*
le Directeur des „Biens privés" de Ciuc.

Gegenstand: Nichtdurchführung des Ratsbeschlusses vom 27. September 1932.

Behandlung durch den Völkerbund:

Schreiben der rumänischen Regierung vom 14. Juli 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 21. Juli 1933 (C. 433, 1933, 1).

8. *Pétitions:*

a) Budapest, 31. Mai 1933 (Telegramm).

b) Budapest, 9. Juni 1933.

c) Cluj, 25. Juni 1933.

d) Genf, 30. Oktober 1933. Gez. *Gustave de Kövér,* Vice-Président de la Section Bihar du Parti Hongrois de Roumanie et membre du Comité directeur de ce Parti.

e) Gez. *Comte Georges Bethlen* Président du Parti Hongrois de Roumanie.

Gegenstand: Nichtanerkennung der rumänischen Staatsangehörigkeit und Ausweisung; mit Schreiben vom 25. Juni 1933 schliesst sich die Partei der Petition an.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" vom 9. August 1933 und Schreiben der rumänischen Regierung vom 16. November 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 16. August 1933 (C. 471, 1933, 1) und 12. Dezember 1933 (C. 668, 1933, 1).

9. *Pétition concernant la situation de la minorité hongroise en Transylvanie.*

Budapest, 31. Juli 1933. Gez. La Fédération Nationale hongroise *Baron Sigismund Perényi,* Président.

Gegenstand: Ausschreitungen anlässlich antirevisionistischer Versammlungen gegen die magyarische Bevölkerung Siebenbürgens.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der rumänischen Regierung vom 23. Oktober 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 26. Oktober 1933 (C. 615, 1933, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (R. A. Amador-Panama, Keith Officer-Australien, Tomaso Perassi-Italien), gez. am 16., 21. und 22. Februar 1934, über seinen

Beschluss vom 19. Januar 1934: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 27. Februar 1934 (C. 108, 1934, 1).

10. *Pétition concernant l'interdiction du journal «Erdélyi Magyar Szó» à Oradea-Mare.*

Oradea, 12. August 1933.

Gez. *Árvay Árpád, Daróczy Kiss Lajos.*

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der rumänischen Regierung vom 23. Oktober 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 25. Oktober 1933 (C. 612, 1933, 1).

11. *Pétition:*

Biharkeresztes, 18. August 1933. Gez. *Emeric Dóczy.*

Gegenstand: Seine Ausweisung aus Rumänien.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der rumänischen Regierung vom 8. November 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 14. November 1933 (C. 639, 1933, 1).

2. Tschechoslowakei.

1. *Pétition de la «Fédération des Partis Hongrois de la Russie subcarpathique».*

April (?) 1931. Gez. *Dr. Korláth, Hokky.*

Gegenstand: Ausweisung des Redakteurs Ladislaus Szántó und anderer führender Magyaren.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der tschechoslowakischen Regierung vom 14. August 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 20. August 1931 (C. 493, 1931, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (Alexander Cadogan-England, R. Massigli-Frankreich, J. M. Barreto-Peru) vom 2. Dezember 1931 über seinen

Beschluss vom 16. September 1931: die Prüfung *abzuschliessen,* ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 10. Dezember 1931 (C. 906, 1931, 1).

Das „Lettre" ist im J. O. 13, Nr. 4, S. 961, *veröffentlicht.*

2. Pétition:

Bratislawa, 14. Mai 1931. Gez *Alex. Szende.*

Gegenstand: Nichtanerkennung seiner tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der tschechoslowakischen Regierung vom 14. August 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 20. August 1931 (C. 492, 1931, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (W. E. Beckett-England, R. Massigli-Frankreich, J. M. Barreto-Peru), gez. am 6., 7. und 11. November 1931, über seinen

Beschluss vom 16. September 1931: die Prüfung *abzuschliessen,* ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 2. Dezember 1931 (C. 903, 1931, 1).

Das „Lettre" ist im J. O. 13, Nr. 1, S. 183, *veröffentlicht.*

3. Petition:

Mukacevo, 20. August 1931. Gez. *Langer Eden* und 17 weitere Unterschriften.

Gegenstand: Ihre Entlassung als Eisenbahnbeamte ohne Pensionszuerkennung.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der tschechoslowakischen Regierung vom 21. Juni 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 22. Juni 1932 (C. 532, 1932, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (José Matos-Guatemala, M. Pedroso-Spanien, Rolf Andvord-Norwegen) vom 26. Mai 1933 über seinen

Beschluss vom 26. Mai 1933: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 31. Mai 1933 (C. 367, 1933, 1).

Das „Lettre" ist im J. O. 14, Nr. 10, S. 1120, *veröffentlicht.*

4. *Pétition du journal «Prágai Magyar Hirlap» concernant sa suspension pour trois mois, décrétée en septembre 1933 par les autorités thèques.*

Prag, 10. Dezember 1933 (Telegramm).

Behandlung durch den Völkerbund:

3. Jugoslawien.

1. *Pétition:*

12. April 1931. Gez. *Sigmund Pálfi.*

Gegenstand: Seine Entlassung als Beamter ohne Pension.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der jugoslawischen Regierung vom 5. August 1931.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 14. August 1931 (C. 485, 1931, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (C. Roediger-Deutsches Reich, R. Massigli-Frankreich, J. M. Barreto-Peru), gez. am 20. und 28. Oktober 1931, über seinen

Beschluss vom Oktober (?) 1931: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 7. November 1931 (C. 806, 1931, 1).

Das „Lettre" ist im J. O. 13, Nr. 1, S. 184, *veröffentlicht.*

2. *Pétitions relatives à la situation de la minorité hongroise en Yougoslavie (écoles normales, enseignement primaire et secondaire).*

Zusatz eingaben zu den Petition vom 15. und 27. Mai 1930, 2. Juni 1930 (S. 154).

Budapest, a) 8. Mai 1931.
b) 20. Mai 1931.
c) 18. Juni 1931. Gez. *Emeric Prokopy* und 4 weitere Unterschriften.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der jugoslawischen Regierung vom 27. Dezember 1931 und 21. Januar 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 9. und 22. Januar 1932 (C. 23 und C. 84, 1932, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (W. W. Yen-China, J. Lopez Olivan Spanien, E. Raczynski-Polen) vom 2. Mai 1932 über seinen *Beschluss vom 2. Mai 1932:* die Prüfung *abzuschliessen,* ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 9. Mai 1932 (C. 452, 1932, 1).

3. *Pétition concernant les associations culturelles de la minorité hongroise.*

Budapest, Juni 1931. Gez. *Emeric Prokopy.*

Gegenstand: Systematische Unterdrückung des kulturellen Lebens der Magyaren.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der jugoslawischen Regierung vom 6. Januar 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 13. Januar 1932 (C. 44, 1932, 1).

4. *Pétition relative à l'ucage de la langue hongroise en Yougoslavie.*

Budapest, 5. November 1931. Gez. *Emeric Prokopy.*

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der jugoslawischen Regierung vom 8. April und 20. Mai 1932.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 16. April 1932 (C. 386, 1932, 1) und 25. Mai 1932 (C. 496, 1932, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (J. Fouques Duparc-Frankreich, C. Roediger-Deutsches Reich, Th. Gwiazdowski-Polen), gez. am 26. und 28. November 1932, über seinen *Beschluss vom November (?) 1933:* die Prüfung *abzuschliessen,* ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 30. November 1932 (C. 812, 1932, 1).

5. *Pétition relative à la situation de la minorité hongroise (création d'associations politiques et participation aux élections).*

Budapest, 6. Dezember 1932. Gez. *Emeric Prokopy.*

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der jugoslawischen Regierung vom 15. Mai 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 18. Mai 1933 (C 310, 1933, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (Thomas Coyne-Irland, Hoo Chi-Tsai-China, L. Kulski-Polen), gez. am 20., 21. und 23. November 1933, über seinen

Beschluss vom November (?) 1933: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 28. November 1933 (C. 655. 1933, 1).

6. *Pétition relative à la situation de la minorité hongroise en ce qui concerne la création d'associations d'éducation phisique.*

Budapest, 10. Dezember 1932. Gez. *Emeric Prokopy.*

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der jugoslawischen Regierung vom 9. Juni 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 15. Juni 1933 (C. 381, 1933, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (F. Castillo Najera-Mexiko, Thomas Coyne-Irland, L. Kulski-Polen), gez. am 20., 21. und 25. November 1933, über seinen

Beschluss vom November (?) 1933: die Prüfung *abzuschliessen*, ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 28. November 1933 (C. 653, 1933, 1).

7. *Pétition rélative à la situation de la minorité hongroise (enseignement en langue officielle dans les divisions minoritaires hongroises).*

Budapest, 15. Dezember 1932. Gez. *Emeric Prokopy.*

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der jugoslawischen Regierung vom 6. Mai 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 10. Mai 1933 (C. 275, 1933, 1).

„Lettre" des *Dreierkomitees* (Thomas Coyne-Irland, Hoo Chi-Tsai China, L. Kulski-Polen), gez. am 20., 21. un 23. November 1933, über seinen

Beschluss vom November (?) 1933: die Prüfung *abzuschliessen,* ohne die Aufmerksamkeit des Rates auf die Angelegenheit zu lenken.

Übermittlung des „Lettre" an die Ratsmitglieder am 28. November 1933 (C. 654, 1933, 1).

8. *Pétition relative à la question de l'église catholique romaine de Senta.*

Senta, 31. Januar 1933. Gez. *Dr. Léon de Deák* und 9 weitere Unterschriften.

Behandlung durch den Völkerbund:

„Observations" der jugoslawischen Regierung vom 26. August 1933.

Übermittlung des Materials an die Ratsmitglieder am 4. September 1933 (C. 493, 1933, 1).

Eine Erklärung.

Im Maiheft des Jahrganges 1933 der Zeitschrift „Glasul Minorităţilor" machte ich Herrn Dr. Schmidt-Rohr in einem offenen Brief darauf aufmerksam, dass das Unterrichtswesen im Szatmárgebiet durchaus nicht mit den Prinzipien im Einklang steht, welche er in seinem ausgezeichneten Werke verkündet und diese Divergenz durch das Gauamt nicht nur gebilligt, sondern auch gefordert wird.

In meinem Brief schrieb ich unter anderem:

„Wenn Herr Doktor das Szatmárgebiet besuchen und in Gesellschaft des Herrn Winterhofen, oder einer anderen bezahlten Person dort Umschau halten, ohne Kenntnis der ungarischen Sprache, so werden Sie wirklich den Eindruck gewinnen, dass wir ungarische Führer Lügner und Imperialisten sind. Denn unbestreitbar sind dort noch heute Gemeinden ganz deut-

schen Geistes und deutscher Mundart und Gemeinden mit teilweise deutscher Bevölkerung, die diese Sprache bewahren wollen. Dies haben wir niemals bestritten und wollten auch niemals, dass in diesen ungarisch unterrichtet werde. Den deutschen Unterricht fanden wir in diesen Gemeinden ebenso natürlich, wie in den deutschen Gemeinden des Banates. Wir verwahren uns nur davor, dass in jenen Gemeinden, deren Bevölkerung ganz magyarisiert ist, *wo die deutsche Sprache nicht nur nicht gewünscht wird, sondern gegen deren Einführung wiederholt und mit Bestimmtheit Einsprache erh ben wurde, dort einige bezahlte Leute hergenommen wurden um Gesuche einzureichen, worauf dann die rumänischen Behörden Eltern und Kindern mit ungarischer Sprache Schulen aufzwingen, worin «der Unterricht ein Verbrechen am Kinde wird.»*

*

Herr Rudolf Brandsch schrieb an meinen Freund Dr. Josef Willer am 1. Oktober 1934 unter anderen folgende Zeilen:

„In Beantwortung der im Brief gestellten Frage erkläre ich hiemit, dass Herr Winterhofen seine im Dienste des Szatmárer Schwabenvolkes geleistete Arbeit selbstlos, ja unter materiellen Opfern seinerseits seit Jahren leistet und keinen, wie immer gearteten materiellen Nutzen aus dieser Arbeit zieht und gezogen hat."

Herr Dr. Richard Csaki schrieb am 11. Jänner 1935 ebenfalls an Dr. Willer wie folgt:

„Ich bestätige hiemit, dass Herr Dr. Winterhofen aus seiner Arbeit für das Volkstum der Szatmárer Schwaben keine materiellen Vorteile, kein Gehalt usw. bezieht."

*

Nachdem ich mich durch diese Erklärungen davon überzeugt habe, dass Herr Winterhofen weder Angestellter der Deutsch-schwäbischen Volksgemeinschaft Szatmár ist, noch auch in seiner Eigenschaft als Obmann der Deutsch-schwäbischen Volksgemeinschaft Szatmár Bezahlung bezieht, erkläre ich hiermit, dass die Ausdrücke „bezahlte Personen" nur auf Grund falscher Informationen in meiner Antwort an Herrn Dr. Schmidt-Rohr – im Maiheft des „Glasul Minorităţilor" – vorkommen. Obwohl ich auch so nicht mit der Anwendung dieser Ausdrücke beleidigen wollte, gebe ich dennoch zu, dass sie im Zusammenhange des Sinnes meiner Antwort einen beleidigenden Klang

haben können, ziehe sie infolgedessen hiermit zurück und erkläre nochmals, dass ich Herrn Winterhofen in keiner Weise beleidigen wollte.

Lugoj, 30. Januar 1935.

Dr. Elemér Jakabffy.

Declarația Partidului Maghiar și „Universul."

Revista noastră a publicat în ultimul număr anului trecut declarația Partidului Maghiar pe care d-l Dr. Willer a înaintat-o în camera.

Sunt foarte caracteristice articolele cari se ocupă cu această declarație în numărul de 14 Decemvrie a ziarului „Universul." Le prezintăm mai jos ci cititorii noștrii vor căuta după ore-o legătură între astfel de articole și declarație.

*

Un reprezentant al partidului minoritar maghiar, cu prilejul discuțiunii mesajului tronului, a propus o anchetă parlamentară, din care să facă parte delegații tuturor partidelor politice, care să examineze propunerile ce se vor prezenta, pentru a asigura minorităților etnice din România... „o viață suportabilă și o conviețuire armonică cu poporul majoritar al acestei țări".

Aceasta propunere nu-și are alt rost decât acela de a provoca discuții în jurul situației minorităților din România, care să fie apoi exploatate de revizioniștii din Budapesta, împotriva noastră.

Nu este nevoe de o anchetă parlamentară în această chestiune, de oarece toate partidele politice, prin reprezentanții lor autorizați din parlament, cunosc foarte bine situația minorităților etnice și au fixat, în programe, punctul lor de vedere. Dacă reprezentanții maghiare au ceva de comunicat și de propus, în această privință, sunt liberi să o facă în Parlament, în cadrul obicinuit al desbaterilor publice.

Regimul minorităților din țara noastră n'are nevoe să fie modificat când el asigură tuturor cetățenilor români, indiferent de origina lor etnică și de credință religioasă, aceleași drepturi și datorii, ca și cetățenilor majoritari români.

S'a constatat în cei 16 ani dela unirea Ardealului și Ba-

natului cu vechiul regat, că, atât din punct de vedere economic, cât şi din punctul de vedere cultural s'au realizat progrese evidente în aceste teritorii din cauza noilor condiţii creiate de evenimentul istoric din 1918. Dacă sub fostul regim asupritor maghiar, teritoriile dintre Tisa şi Carpaţi nu s'au putut dezvolta economiceşte şi ele au fost numai exploatate ca o colonie, sub regimul nostru, industria şi comerţul au progresat mai mult decât industria şi comerţul din vechiul regat în beneficiul minorităţilor, în primul rând, de oarece populaţia covârşitoare românească se ocupă cu agricultura.

În domeniul cultural noi am asigurat acestor minorităţi toatae mijloacele şi posibilităţile de dezvoltare.

În cazul acesta propunerea formulată de reprezentantul partidului maghiar în Camera română cu privire la o anchetă parlamentară făcută cu scopul de a examina şi soluţiona problemele minoritare, nu-şi găseşte justificarea în cadrul intereselor statului român, ci în cadrul intereselor străine. Reamintim că în timpul din urmă, atât contele Bethlen, fostul prim ministru al Ungariei, cât şi d. Tibor Eckhardt, primul delegat al Ungariei la Geneva, s'au ocupat de situaţia minorităţilor din România, Cehoslovacia şi Iugoslavia, pe care au considerat-o "tragică". Cei doi campioni ai revizionismului au cerut reexaminarea problemei minorităţilor din aceste state.

Să fie oare o simplă întâmplare, că partidul maghiar din România, cere şi el o reexaminarea a aceloraşi probleme, sub forma unei anchete parlamentare ?

Ungaria n'are nici dreptul, nici autoritatea morală, să se ocupe şi să se amestece în afacerile noastre interne, când situaţia minorităţilor din această ţară, este, în adevăr tragică.

„Wiener Neueste Nachrichten" – ziarul cel mai puţin favorabil Micii Înţelegeri – scria zilele trecute într'un articol, că situaţia minorităţii germane este departe de a fi satisfăcătoare, de oarece în toate comunele germane sunt şcoli maghiare, sau mixte şi ceea ce este mai grav, "administraţia şi tribunalele opun o extremă rea voinţa revendicărilor legitime ale germanilor."

Ziarul austriac a pomenit şi de condamnarea secretarului Uniunii culturale a germanilor din Ungaria la trei luni de închisoare de oarece a dezaprobat maghiarizarea numelor de familie germane.

Situaţia minorităţilor română, cehă, slovacă şi iugoslavă din Ungaria este mai tragică.

În asemenea condiţii minorităţile maghiare din ţările Micii Înţelegeri n'au dreptul să se plângă de situaţia lor actuală privilegiată.

*

În şedinţa de Marţi a Camerei a vorbit la mesaj şi d. Iosef Willer reprezentantul partidului maghiar.

Cu abilitatea care-l caracterizează d. Willer a făcut Camerei propunerea de a se institui o comisie de anchetă parlamentară asupra doleanţelor minorităţii maghiare.

Pretenţia secretarului partidului maghiar se cere examinată.

Lăsăm la o parte că instituirea unei achete parlamentare nu se cere printr'un discurs la mesaj. Oricât ar fi la modă anchetele parlamentare — ca resonanţă, iar nu calitativ — totuşi regulamentul Camerei prevede altă procedură pentru instituirea lor. Nefiind însă în intenţia noastră să facem şicane d-lui Willer, nu insistăm asupra unei proceduri nereglementară în formă şi destul de vicleană în fond.

Trebue să observăm însă că balonul de încercare lansat de d. Willer sub forma acestei propuneri, a fost inoportun dintr'un punct de vedere mai serios.

Se ştie în adevăr că minorităţile se bucură în România de un regim mai civilizat decât în alte state şi că dacă minoritatea maghiară n'a ajuns încă la un regim ideal de convieţuire în cadrul statului român, această nu e din vina noastră.

Când zilnic pornesc dela Budapesta săgeţile unui revizionism pe cât de nejustificabil pe atât de agresiv, e greu să ni se pretindă o politică a minorităţilor mai egalitară chiar decât politica pe care o practică faţă de minorităţile lor alte ţări care nici nu formează ţinta atacurilor revizioniste.

Accentele de sinceritate pe care le a pus d. Willer în propunerea sa, la nici 24 de ore dela manifestările revizioniste dela Geneva ale d-lui Tibor Eckhard, au sunat destul de fals.

Vina nu e a d-lui Willer care e un abil orator; dar este cu siguranţa a celor dela Budapesta.

*

Ceeace a impresionat însă în mod deosebit pe cei 30 40 de deputaţi cari au ascultat discursul d-lui Willer, a fost constatarea făcută de secretarul partidului maghiar că desele schim-

bări de guvernare dela noi împiedică orice continuitate în tratarea problemelor de Stat.

Astfel de dojeni, oricât de discret şi politicios ar fi prezentate, devin extrem de usturătoare când vin din partea unui minoritar. *Obs.*

Quelques condamnations.

Le rédacteur Vuchetich condamné à 6 mois de prison.

L'été passé, un article concernant les détournements faits par des foncitonnaires dans les divers emplois officiels de Transylvanie, paraissait dans le journal roumain „Patria", quotidien officiel du parti national agrarien roumain de Transylvanie. Ce journal demandait une enquête serrée et la punition des coupables. Cet article fut reproduit par le journal minoritaire „Déli Hirlap", dirigé par Monsieur Vuchetich.

Le procureur estima que l'article du quotidien minoritaire (intitulé : „On vole partout !") portait atteinte à l'autorité de l'Etat. Le cas de ce rédacteur vint devant le tribunal, le 16 novembre 1934. Dans sa plaidoirie, Monsieur Vuchetich expliqua qu'il avait seulement reproduit l'article du journal „Patria" comme l'avaient fait, d'ailleurs, environ 200 journaux roumains. Et il prouva que non seulement son journal, mais tous les journaux de la Roumanie dénonçaient tous les „affaires de Panama" connues en Roumanie. Il indiqua comme exemples l'affaire de munitions Skoda, l'affaire du général Dumitrescu. Le tribunal n'accepta pas ce point de vue et condamna Vuchetich à 6 mois d'emprisonnement, à 10.000 lei d'amende et à 3 ans de privation de ses droits civiques.

Une institutrice condamnée à 3 mois de prison.

Dans la petite ville minoritaire de „Széhelyhid", l'Eglise protestante avait organisé un bal en faveur d'une œuvre de bienfaisance. L'institutrice Lili Milotay fut chargée de son organisation. A ce bal, elle portait une robe blanche et un insigne d'organisation violet. Mais au cours de cette soirée, elle adressa la parole à un habitant de la ville en question qui tenait

dans sa main un billet d'entrée vert. Or, les couleurs du drapeau hongrois étant rouge, blanc, vert, un fonctionnaire, qui se trouvait dans la salle, crut devoir constater qu'entre ces deux personnes, les couleurs qu'elles portaient à e les deux formaient presque le drapeau hongrois.

Et l'institutrice, en tant qu'organisatrice du bal, fut condamné à 3 mois d'emprisonnement et à 5.000 lei d'amende pour irrédentisme.

Le rédacteur Louis Daroczi Kiss condamné à un mois d'emprisonnement et à 10.000 lei d'amende.

Sous le titre „Déclarations intéressantes de députés français sur l'Europe Centrale", le rédacteur Louis Daroczi Kiss a inséré dans son journal, et cela sans aucun commentaire, les nouvelles pubiées par toutes les agences de la presse d'Europe. Cette déclaration des députés français, n'ayant aucun caractère agressif, a paru dans tous les journaux d'Europe. Malgré cela, le Tribunal a estimé le rédacteur coupable et l'a condamné à un mois de prison, à 10.000 lei d'amende et à trois ans de privation de ses droits civiques.

Kundgebungen des Deutschtums in Rumänien.

In Siebenbürgen werden in allen grösseren Städten Volksversammlungen abgehalten, bei denen die deutsch-sächsische Wählerschaft in grossen Kundgebungen Verwahrung einlegt gegen die ständigen Angriffe der kulturellen und wirtschaftlichen Freiheit des deutschen Volkes in Rumänien. Ähnliche Kundgebungen finden auch in den anderen Siedlungsgebieten statt.

Angesichts des im Banat herrschenden Belagerungszustandes, wurde der Obmann der Banater Deutschen Volksgemeinschaft von dem Vollzugsausschuss beauftragt, an den Ministerpräsidenten Tatarescu folgende Drahtschrift zu richten:

Seiner Exzellenz Herrn Ministerpräsidenten Tatarescu

București.

Der Vollzugsausschuss des Volksrates der Banater Deut-

schen Volksgemeinschaft beauftragte mich, an Eure Exzellenz folgendes Telegramm zu richten:

Das Regierungssystem erbittert das loyale deutsche Volk des Banates immer mehr und mehr. Unsere Schulen, Kirchen, Wohlfahrtsanstalten erhalten den ihnen gebührenden Anteil an Unterstützungen nicht, dagegen werden die für deutsche Schulen gesetzlich bestimmten Gemeindebeiträge für andere Zwecke verwendet. Beamte, Briefträger, ja selbst Wegräumer und Handwerker werden besonders vom Verkehrsministerium unter dem Vorwande mangelhafter rumänischer Sprachkenntnisse entlassen. Hunderte von Handel- und Gewerbetreibenden müssen ihr Gewerbe verlassen infolge der übertriebenen Steuerbelastungen. Die Selbstverwaltung in Städten und Dörfern ist vielfach durch Interimskommissionen willkürlich unterbunden. Die Pressefreiheit ist durch Zensur geknebelt.

Wir bitten Euer Exzellenz inständig, im Interesse der Eintracht und des friedlichen Zusammenlebens in unserem Vaterlande obige Regierungsmassnahmen zu verhindern und unserem Volke Gerechtigkeit willfahren zu lassen.

Dr. Gaspar Muth

Vorsitzender des Banater Deutschen Volksrates.

Wie wir erfahren, wird die Deutsche Partei auch im Parlamente einen entsprechenden Schritt unternehmen.

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Demografische Daten über das Ungartum Rumäniens.

Das „Buletinul Demografic al României" veröffentlich monatlich die Daten der Volksbewegung in Rumänien.

Die letzten drei Nummern, die im August, September und Oktober erschienenen geben Aufschluss über das zweite Vierteljahr in 1934, d. h. über die Monate April, Mai und Juni. Auf Grund dieser Hefte geben wir im folgenden die Zahlen über die Geburten und Sterbefälle der ungarischen Minderheit bekannt:

In ganz Rumänien wurden im Monat April 2.547, im Mai 2.541 und im Juni 2.715, also zusammen 7.803 Ungarn geboren. Im Monat April starben 1.829, im Mai 1.970, im Juni 2.187, also zusammen 5.986 ungarische Seelen. Gemäss der amtlichen Daten war der natürliche Zuwachs im zweiten Viertel des Jahres 1934 1.817 Seelen.

Hinsichtlich der einzelnen Landesteile ist die Zahl der Geburten, resp. Sterbefälle folgendermassen verteilt:

	Geburten			Sterbefälle			Natürl.
Landesteile	Apr.	Mai	Juni	Apr.	Mai	Juni	Zuwachs
Oltenia	5	1	2	7	5	–	–4
Muntenia	24	26	31	13	16	22	30
Dobrogea	2	4	3	–	9	4	–4
Moldova	26	40	42	19	19	26	44
Basarabia	1	–	215	–	3	1	212
Bucovina	45	49	47	17	24	45	55
Transilvania . . .	1779	1759	1734	1237	1367	1574	1094
Banat	155	139	145	111	112	119	97
Crişana, Maramureş	510	523	496	425	415	396	293
	2547	2541	2715	1829	1970	2187	1817
		7803			5986		

Da uns am meisten die Daten bezüglich Siebenbürgens, des Banates, sowie Crişana und Maramureş interessieren, wollen wir diese auch im Besonderen darstellen.

Komitat	Geburten Apr.	Mai	Juni	Sterbefälle Apr.	Mai	Juni	Natürl. Zuwachs
Alba de Jos	35	41	34	22	32	34	22
Braşov	62	64	79	43	43	52	67
Ciuc	265	253	221	173	200	214	152
Cluj	181	159	190	117	130	131	152
Făgăraş	5	8	6	7	9	5	−2
Hunedoara	49	37	27	36	36	41	−
Mureş	252	244	243	170	207	239	123
Năsăud	14	20	12	12	4	3	27
Odorheiu	226	255	235	181	205	266	64
Sălaj	205	218	248	160	191	197	123
Sibiu	12	10	12	9	11	15	−1
Someş	76	61	65	42	52	49	59
Târnava-Mare	38	35	41	21	21	22	50
Târnava-Mică	81	80	72	60	55	75	43
Treiscaune	191	194	175	124	121	175	140
Turda	87	80	74	60	50	56	75
Caraş	4	4	4	7	4	10	−9
Severin	21	27	32	15	24	24	17
Timiş	130	108	109	89	84	85	89
Arad	132	146	119	107	103	92	95
Bihor	224	217	214	209	197	193	56
Maramureş	17	17	23	13	15	12	17
Satu-Mare	137	143	140	96	100	99	125
	2444	2421	2375	1773	1894	2089	1484
		2740			5756		

In dieser komitatsweisen Zusammenstellung sind auch die Daten der Städte mit Munizipium enthalten. Diese zählt aber das „Buletinul" auch separat auf. Wir geben hier die Daten derjenigen Städte an, wo Ungarn in beträchtlicher Zahl wohnen.

Stadt	Geburten Apr.	Mai	Juni	Sterbefälle Apr.	Mai	Juni	Natürl. Zuwachs
Arad	37	54	42	47	43	35	8
Braşov	36	30	32	18	21	19	40
Bucureşti	16	17	18	8	6	11	26
Cluj	54	48	81	52	57	52	22
Galaţ	4	−	7	2	1	3	5

Stadt	Geburten Apr.	Mai	Juni	Sterbefälle Apr.	Mai	Juni	Natürl. Zuwachs
Oradea	48	50	47	55	63	47	−20
Satu-Mare	35	30	25	21	23	35	11
Sibiu	11	5	7	8	10	14	−9
Târgu-Mureş . .	32	27	26	34	29	35	−13
Timişoara	24	29	27	34	31	27	−12

Ferner ist für uns noch von Interesse, wie sich die Bewegung der Bevölkerung in den Komitaten, wo bekanntlich die Tschango (Csángo) leben, gestalten. Sehen wir die Daten der Komitate Bacău und Roman.

Im Komitat Bacău wurden in den drei Monaten 49 Ungarn geboren, 28 sind gestorben. Im Komitat Roman wurde kein einziger Ungar geboren und naturgemäss starb kein einziger.

Aus den bekanntgegebenen Daten können wir recht interessanten Schluss ziehen. Manche dieser Daten sind uns aber unverständlich, um nur einige Beispiele zu erwähnen:

Aus der ersten angegebenen Tabelle geht hervor, dass in Bessarabien im April ein Ungar, im Mai kein einziger, im Juni aber 215 geboren wurden. In den drei Monaten starben insgesamt 4 ungarische Seelen. Von den 215 Ungarn waren 214 im Komitat Balţi geboren. Wir hegen den Verdacht, dass die amtliche Statistik hier einen grossen Irrtum begangen hat. Während wir nämlich bezweifeln, dass im Monat Juni die Ungarn im Komitat Bălţi in so ansehnlicher Zahl geboren wurden, so meinen wir auch das als irrig anzunehmen, dass während drei Monaten im Komitat Roman kein Ungar geboren wurde und keiner starb. Diese Ansicht begründen wir mit Folgendem: Dr. Gustav Weigand, Professor an der Universität Leipzig bereiste in den Jahren 1894–1902 alle rumänisch bevölkerten Gebiete. Als Ergebnis seiner Reise wurde an der Leipziger Universität ein Lehrstuhl für die rumänische Sprache errichtet und der „Jahresbericht des Instituts für rumänische Sprache" herausgegeben. Im neunten Band dieses Werkes erwähnt der Verfasser natürlicherweise auch die „Csángo" in der Moldau unter dem Titel „Fremde Elemente in der Moldau". Er stellt fest, dass im Komitat Roman 21.865 Csángo-Ungarn leben. Weigand, der gelehrte deutsche Professor hatte keinerlei Interesse daran, die Zahl der Ungarn zu übertreiben, eben darum

berufen wir uns bloss auf ihn, nicht auf die ungarischen Quellen, die deren Zahl noch höher beziffern. Seit den Berechnungen Weigands ist ein Menschenalter vergangen und wir wissen, dass sich kein Volk Europas während dieses Menschenalters nicht vermehrt hat. So ist es unglaublich, dass von diesen 21.865 Csángo kein eiziges Enkelkind geboren wurde, resp. kein einziges gestorben sein soll.

Auch die Angaben über Bucureşti sind auffallend. Demgemäss wären im Verlauf eines Vierteljahres insgesamt 51 Ungarn geboren worden und 25 gestorben. Selbst nach den rumänischen Daten müsste die Zahl der Bucureşti-er Ungarn mindestens 30.000 belaufen. Nach 30.000 Seelen aber nur 200 Geburten jährlich wäre aber doch zu wenig. Auffallend ist der grosse natürliche Zuwachs der Ungarn im Komitat Năsăud. Es ist unverständlich, wie in diesem Komitat während drei Monaten 46 Ungarn geboren wurden und nur 19 starben.

Verständnislos betrachten wir die demografischen Daten der Städte mit massenhaft ungarischer Bevölkerung, z. B. in Oradea, Târgu Mureş und Timişoara ist die Zahl der gestorbenen Ungarn höher, als die der Geburten.

Leider sind die Daten der Volkszählung von 1930 bezüglich der Verteilung der Nationalitäten noch nicht verfügbar, vielleicht würde deren eingehendes Studium Aufschluss geben über uns unverständliche Dinge, die wir nur ahnen können.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.